

# «Schweizer Banken werden am stärksten profitieren»

OECD-Steuerchef **Jeffrey Owens** über die Zukunft der Offshore-Finanzplätze



«Es geht darum, weltweit für gleich lange Spiesse zu sorgen»: Jeffrey Owens

VON LUKAS HÄSSIG

**PARIS** OECD-Steuerchef Jeffrey Owens hat die Schweiz zum Einlenken beim Bankgeheimnis gebracht. Er prophezeit, dass ihre Banken dereinst als grosse Sieger aus dem Umbruch hervorgehen werden.

**Herr Owens, begrüßen Sie die Wildwest-Methoden Italiens gegen den Offshore-Finanzplatz Schweiz?**

Die Schweiz ist kein Offshore-Paradies, Sie können sie nicht mit Panama vergleichen. Als grosser Finanzplatz verwaltet sie sowohl viel inländisches als auch ausländisches Geld. Aber es gelten neue Regeln im Informationsaustausch für Steuerzwecke. Viele Länder, einschliesslich Italien, werden versuchen, diese zu nutzen.

**Nicht alle gehen so brutal vor. Ob Wildwest oder Afrika, spielt für mich keine Rolle. Jedes Land will seine Bürger mit unverstärkten Vermögen im Ausland dazu bewegen, diese freiwillig offenzulegen. Das ist legitim. Einzelne Massnahmen bestimmter Mitgliedsstaaten kann ich als OECD-Vertreter nicht kommentieren. Warum nimmt die OECD nicht den US-Bundesstaat Delaware**

**ins Visier, der gemäss neuesten Studien intransparenter als die Schweiz ist?**

Wir analysieren über hundert Finanzplätze und schauen, ob sie unseren Standards genügen. Ob OECD-Mitglied, gross, klein, was auch immer, spielt keine Rolle. Wir diskriminieren niemanden. **Delaware und Hongkong kamen ungeschoren davon.** Wir werden alle unter die Lupe nehmen, auch US-Bundesstaaten, Hongkong, alle. Es geht darum, weltweit für gleich lange Spiesse zu sorgen.

**Sie sagen oft, dass das Bankgeheimnis kein Problem sei, gleichzeitig zwingen Sie die Schweiz zur Aufgabe ihres früheren Bankgeheimnisses.**

Jedes Land hat eine bestimmte Form von Bankgeheimnis und kennt den Schutz der Privatsphäre. Entscheidend ist allein, dass dies nicht als Schutzschild missbraucht wird, um Steuerhinterzieher zu decken.

**Sie haben die Schweiz von ihrer Grauen Liste gestrichen, weil sie zwölf Abkommen nach dem OECD-Standard unterzeichnet hatte. Das wirkt zufällig.**

Die Zahl zwölf ist lediglich ein Ausgangspunkt. Auf die Qualität

kommt es an. Die Schweiz hat mit wichtigen Ländern wie den USA ein neues Abkommen unterzeichnet, nicht einfach mit Offshore-Ländern. Nun geht es darum, dass sie den Standard innerstaatlich umsetzt und anwendet.

**Was ist Ihr Kriterium dafür?**

Informationsersuchen einer ausländischen Vertragspartei müssen rasch beantwortet werden. Und sie müssen auch jenen Ländern zukommen, die am meisten Interesse an einem Informationsaustausch haben.

**Sie sprechen oft von «schädlichem» Steuer-**

## Treibende Kraft

Der Engländer Jeffrey Owens, 63, war in der Wirtschaftsorganisation OECD die treibende Kraft, die Steuer-Schlupflöcher in der grenzüberschreitenden Vermögensanlage zu stopfen. Als Direktor des OECD-Steuercenters war der Buchhaltungsexperte massgeblich daran beteiligt, dass die Schweiz und andere Finanzzentren auf der Grauen Liste landeten. Inzwischen erfüllt die Schweiz die OECD-Richtlinien.

**wettbewerb. Was meinen Sie damit?**

Wenn die Welt global wirtschaftet, braucht es Regeln. In Steuer-sachen definierten wir 1998 den fairen Wettbewerb mit «transparent», «kooperativ» und für «alle gleich». Zu Beginn hatten 60 Staaten ein schädliches System, heute sind es viel weniger. An der Schweiz kritisierten wir vier Punkte. Die sind inzwischen alle vom Tisch.

**Hierzulande reibt man sich immer noch die Augen, wie rasch das alte Bankgeheimnis gefallen ist. Wie lautet Ihre Erklärung?**

Dass Offshore-Gelder versteuert werden müssen, hat sich international als Standard durchgesetzt. Die Schweizer Banken werden davon am stärksten profitieren.

**Inwiefern?** Ich war kürzlich in Asien. Viele Bankkunden sagten mir, dass für sie hohe Servicequalität und politische Stabilität für eine Offshore-Geldanlage entscheidend seien. Die Schweizer Banken bieten einen Premiumservice, und ihr Land ist sicher und stabil. Von den gleich langen Steuer-Spiessen wird der Schweizer Finanzplatz deshalb am stärksten profitieren.

MARKUS GISLER



*Die hohe Arbeitslosigkeit begleitet uns noch lange*

**Alles war bekannt, die Gründe analysiert, und doch haben die neuesten Arbeitslosenzahlen schockiert.** 7 Prozent Arbeitslosigkeit im Kanton Genf, jeder 13. in der Schweiz wohnende Ausländer ohne Arbeit. Was das heisst, wenn gesamtschweizerisch nicht 4 Prozent, sondern wie prognostiziert 5 Prozent ohne Arbeit sind, kann man sich leicht ausmalen. Wahrscheinlich sind dann in den schwachen Kantonen gegen 10 Prozent ohne Job. Zahlen, an die wir uns nicht gewöhnen möchten, aber vermutlich müssen.

**Hört man sich nämlich in den Unternehmen um, vernimmt man keine optimistischen Töne.** Zwar haben die Bestellungen wieder angezogen, aber der Normalzustand bleibt in weiter Ferne. Die meisten Patrons glauben nicht an die Nachhaltigkeit der jüngsten Erholung. Der Trend, sagen sie, sei vielmehr wieder rückläufig. Das bedeutet nicht nur, dass die

*«Die meisten Patrons glauben nicht an die Nachhaltigkeit der jüngsten Erholung»*

Unternehmen weiter Stellen streichen, namentlich wenn die Kurzarbeit ausläuft, sondern auch, dass die Personalbestände noch lange nicht wieder aufgestockt werden. In der jüngsten Kof-Umfrage sagt denn auch ein sattes Viertel der Firmen, sie würden in den nächsten Monaten weiter Personal abbauen. Folglich werden bis Mitte

nächsten Jahres bis zu 200 000 Menschen ohne Arbeit sein, die aus der Statistik gefallenen Ausgesteuerten nicht mitgerechnet. Die 4-Prozent-Grenze werden wir vermutlich in den nächsten drei bis vier Jahren nicht mehr unterschreiten.

**Das alles hat mit der Weltkonjunktur und dem Chaos zu tun, das die Finanzkrise ausgelöst hat.**

Ökonomisch hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Die einen reden von einer globalen säkularen Stagnation, die anderen von einer neuen Normalität. Mit dem ersten Begriff meint man eine von hoher Arbeitslosigkeit begleitete, lang anhaltende Stagnation, ein Phänomen, das Japan seit zehn Jahren kennt. Vom gewaltigen Immobilien-Crash Anfang der Neunzigerjahre hat sich das Land nie mehr erholt, trotz tiefster Zinsen und staatlichen Aufträgen. Die neue Normalität ist zwar weniger dramatisch, in der Wirkung aber ähnlich: Das Wachstum bleibt über lange Zeit niedrig. Einerseits weil wegen der gewaltigen Verschuldung immer mehr Steuereinnahmen für den Zinsendienst verwendet werden müssen. Andererseits müssen die Notenbanken bald die Zinsen erhöhen, was Investitionslust und Konsum dämpft. Das zwingt die Unternehmen, weiter zu rationalisieren. Ergo verharrt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Innerhalb dieser globalen Grosswetterlage wird es der Schweiz etwas besser gehen, verschont aber werden wir nicht. All dies verheisst nichts Gutes: Immer wenn die Arbeitslosigkeit das Normalmass übersteigt, nehmen die sozialen Spannungen zu. Die Zeiten sind unruhig, und sie könnten noch weit ungemütlicher werden.

► FORTSETZUNG VON SEITE 53

## Dollarwette löst Monsterblase aus

blase» und warnt vor dem nächsten Crash. Roubini wird sehr ernst genommen, hat er doch als Erster die Finanzkrise erkannt.

Bis zum Ausbruch der Krise hat die Weltwirtschaft vom Konsumhunger der Amerikaner gelebt. Die hohe Verschuldung der Privathaushalte hat diesen Konjunkturmotor lahmgelegt. Die Weltwirtschaft braucht dringend einen Ersatz. Doch niemand will in die Lücke springen, die der US-Konsum hinterlassen hat. Im Ge-

genteil: «Alle sind deutsch geworden», klagt Martin Wolf, Chefökonom der «Financial Times». Will heissen, rund um den Globus wird von den Haushalten mehr gespart, als die Unternehmen für ihre Investitionen brauchen.

Die Nachfragerlücke wird durch steigende Staatsschulden aufgefüllt. Lange wird dies nicht mehr möglich sein. Der politische Widerstand gegen die Verschuldung wächst. Ebenso die Neigung zum Protektionismus: Die Amerikaner

verhängen erneut Strafzölle auf chinesische Importe, nach Autopneus betrifft es nun Stahlrohre.

Das macht es für die Finanzminister und Notenbanker nicht einfacher. Sie können den Bürgern nicht vorschreiben, was sie mit ihrem Geld machen. Sie können mit ihrer Geldpolitik nur dafür sorgen, dass der Anreiz zum Ausgeben grösser wird.

Handlungsbedarf hat vor allem China, dessen Wirtschaftsboom vom Export lebt. Um diesen zu stützen, hält die Notenbank den Renminbi künstlich tief. Die einheimische Nachfrage wurde hingegen vernachlässigt. Deshalb be-

trägt der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandprodukt nur 30 Prozent, gegenüber 70 in den USA. Damit die Weltwirtschaft ins Gleichgewicht findet, muss der Dollar gegenüber dem Renminbi schwächer werden.

Die Lage ist verzwickelt: Gegenüber den frei konvertierbaren Währungen darf sich der Dollar nicht weiter abschwächen, weil sonst neue Blasen entstehen. Gegenüber dem Renminbi hingegen sollte er sich deutlich verbilligen. Denn die Weltwirtschaft wird sich nur erholen, wenn die Chinesen aufhören, ihr Exportgeschäft mit einer manipulierten Währung zu betreiben.

ANZEIGE

Gehören Sie zu den Gewinnern mit einer Performance von 9% p.a. seit 1993\*.

www.bbbiotech.com

**BBBIOTECH**  
Ein Produkt der Bellevue Group

\*Aktienkurs in CHF per 30.09.2009